

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 15
Februar 2011

Einnehmen statt bremsen

DIE LINKE sagt NEIN zur „Schuldenbremse“ in der Hessischen Verfassung

Dieser Tage trommeln CDU und FDP für die Verankerung einer „Schuldenbremse“ in der Landesverfassung. In einer Volksabstimmung sollen die HessInnen am 27. März darüber entscheiden. SPD und Grüne sind auch für die Verfassungsänderung, sagen das aber lieber nicht so laut, weil sie sich wohl ein bisschen schämen. Ein beliebtes Argument der BefürworterInnen lautet, dass die Staatsschulden aus zu hohen Ausgaben der öffentlichen Hand resultieren. Wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und müssten den Gürtel endlich enger schnallen. Das seien wir im Sinne der Generationengerechtigkeit auch unseren Kindern schuldig.

Doch woher kommt eigentlich die Staatsverschuldung? Ob Rot-Grün, große Koalition oder Schwarz-Gelb: Alle Bundesregierungen der letzten Jahre haben die Steuern für Reiche und Unternehmen gesenkt. Allein durch diese Steuersenkungen wurde ein Viertel der hessischen Schulden verursacht. Die Banken- und Wirtschaftskrise hat auch Hessen Milliarden gekostet.

Gleichzeitig sind die Reichen reicher geworden. Die obersten zehn Prozent besitzen zwei Drittel des gesellschaftlichen Reichtums. Einem privaten Geldvermögen von

4,8 Billionen Euro steht eine öffentliche Verschuldung von 1,8 Billionen gegenüber. Eine Minderheit lebt über ihre Verhältnisse, während die Mehrheit sparen soll. Verlierer sind alle Menschen, die auf eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur und auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Die Staatsschulden sind keine Frage der Generationengerechtigkeit. Unsere Kinder und Enkel erben nicht nur Schulden sondern auch Vermögen: die öffentliche Infrastruktur, Bildung, soziale Leistungen, gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Schuldenbremse ist nur eine Kreditsperre. Sie verhindert, dass das Land investiert, um kommenden Generationen eine ökologisch ausgerichtete Infrastruktur und aufgabengerechte öffentliche Dienste zu hinterlassen.

Wohin die Sparwut der in Bedrängnis geratenen Kommunen führt, kann man aktuell am Haushalt des Landkreises Marburg-Biedenkopf sehen. Zuschüsse für Vereine und Verbände, für die Jugendhilfe, die Seniorenbusse und viele weitere sogenannte freiwillige Leistungen werden gekürzt, während die Gebühren, wie für die Volkshochschule, erhöht werden. Trotzdem hat der Kreishaushalt noch immer über 100 Millionen Euro Schulden. Diese Finanznot durch weitere Kürzungen beheben zu wollen, ist aberwitzig. Der Landkreis hat,



wie die öffentliche Hand im Allgemeinen, kein Ausgaben- sondern ein Einnahmeproblem.

Und es gibt Alternativen: Wir brauchen eine gerechte Besteuerung des „großen Geldes“, eine Millionärs- und Vermögenssteuer sowie eine Besteuerung der Finanzgeschäfte und eine Regulierung des Finanzmarkt-Casinos. Am 27. März geht es um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Vaupel und Köster gewinnen

... titelte der Hinterländer nach der Podiumsdiskussion der Oberbürgermeister-Kandidaten beim Bildungsträger „Arbeit und Bildung“. Vorher und nachher konnten die TeilnehmerInnen abstimmen. Das Ergebnis: Vaupel stieg von 21 auf 24 Stimmen, Henning Köster von 12 auf 17, Stötzel 5-5, Kahle 4-5, Behlen 2-1 und Becker 1-2. Köster: „Mit diesen Stimmenanteil wären wir am 27. März mehr als zufrieden!“

Kommentar

Veruntreuung

CDU, FDP und MBL haben ein Wahlkampfthema gefunden, mit dem sie von ihrer programmatischen Leere ablenken können: den Veruntreuungsfall in der Stadtverwaltung. Klar, der ist schlimm. Jährlich rund 150.000 Euro wurden abgezweigt. Selbstverständliche Prüfmechanismen waren – allerdings schon seit den Zeiten von CDU-Oberbürgermeister Möller – bei den Beihilfebearbeitungen außer Kraft gesetzt. Das ist mehr als fahrlässig und muss umfassend untersucht, abgestellt und bestraft werden. Der Untersuchungsausschuss kann dazu beitragen.

Allerdings muss man fragen, warum die Bürgerlichen begeistert waren, als die SPD/Grünen-Koalition der DVAG Pohls und anderen Großunternehmen der Stadt 2008 ein sattes Steuergeschenk machten. Ganz legal werden der Stadtkasse durch die Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer statt ihrer Anhebung auf Gießener Niveau jährlich das Hundertfache, nämlich 13 Mio. Euro, entzogen. Das fehlt für den Bau neuer Sporthallen, eines 50-Meter-Schwimmbeckens, eines Stadtmuseums, einen kostenlosen ÖPNV statt Kahles Seilbahn und angemessene Löhne bei den BusfahrerInnen.

Wir lassen uns von der notwendigen Beschäftigung mit dem Veruntreuungsfall nicht von unseren Sachthemen ablenken: Verkehrswende, BürgerInnenbeteiligung statt Investorenherrschaft, lokale Minderung der Folgen von Hartz IV, vollwertige Beschäftigungsverhältnisse statt Bürgerarbeit.

Deshalb am 27. März: Für eine soziale Stadt! Henning Köster

LINKS WIRKT: MENSCHEN VOR PROFITEN
GESINE LÖTZSCH

Partelvorsitzende der LINKEN
Henning Köster (OB-Kandidat)
Anna Hofmann (Spitzenkandidatin Kreistag)
Moderation: Jan Schalauske

Do., 3. März, 19.30 Uhr
Waggonhalle, Marburg
Rudolph-Bultmann-Straße 2a

Zweierlei Maß

Befreiungen von Bebauungsplänen nehmen überhand

Zu den Rechten und Pflichten der Stadtverordnetenversammlung gehört die Erstellung von Bebauungsplänen. Hier kann im demokratischen Verfahren das Stadtbild gestaltet werden.

Neben dem Parlament gibt es mit viel Geld ausgestattete Investoren. Immer wieder gelingt es ihnen, so genannte „Befreiungen“ von gültigen Bebauungsplänen zu erwirken. Besonders leichtes Spiel haben sie dort, wo noch keine Bebauungspläne erstellt oder diese so

weit gefasst sind, dass durch kloßige Projekte der Charakter eines Viertels nachteilig verändert werden kann. Um dies zu verhindern, hat die Stadtverordnetenversammlung für den Bereich der Ockershäuser Allee und des Südbahnhofs so genannte „Aufstellungsbeschlüsse“ gefasst: Sie schieben allzu forschen Investoren einen Riegel vor.

Leider macht man das nicht überall, wo es nötig wäre. Im Bereich Biegenstraße/Savignystraße gibt es einen Bebauungsplan aus dem Jahr 1969, der menschenfreundliches Wohnen ermöglicht. Hier dringen ein Investor nach dem anderen ein und erhalten ihre „Befreiungen“. Die BewohnerInnen eines Altbaus wehren sich und konnten als Bürgerinitiative schon den Regierungspräsidenten für ihr Anliegen interessieren. In einer Sitzung des Bauausschusses verhinderte die rot-grüne Mehrheit zunächst, dass die Initiative zu Wort kam. Erst eine Intervention des Vertreters der Marburger Linken verschaffte ihnen dann doch noch Gehör.

In der Stadtverordnetenversammlung am 28. Januar beantragte die Marburger Linke, dass der Bebauungsplan entweder eingehalten oder in demokratischem Verfahren ein neuer erstellt wird. Fünf Stunden lang harrete die Bürgerinitiative aus, um der Aussprache hierüber zuhören zu können. Sie wartete vergebens: Um 21:00 Uhr war Schluss der Debatte, der Antrag wurde ohne Aussprache abgelehnt. Ein Antrag der Marburger Linken, das Thema in einer Fortsetzungssitzung zu behandeln, wurde abgelehnt. Dann verabschiedete das Parlament sich für drei Monate und macht Ferien bis April. Demokratie geht anders.

Hartmut Lange

Wehrda: Gedenktafel geschändet

Die Marburger Linke verurteilt die Schändung der in Wehrda stehenden Gedenktafel an die von den Nazis vertriebenen Juden scharf. Ende 2010 war von unbekanntem Tätern ein großes Hakenkreuz in die Holztafel geritzt und der Davidstern beschädigt worden. Mittlerweile wurde der Schaden durch einen der Initiatoren der Gedenktafel beseitigt.

Die Tafel war am 22. Juni 2007 von der Wehrdaer SPD aufgestellt worden. An dieser Stelle der heutigen Mengelgasse stand das Haus Nr. 20 der jüdischen Familie Levi und Berta Hess. Sie übersiedelten nach Frankfurt, nachdem ihnen die Existenzgrundlage als Viehhändler und Metzger durch die NS-Diktatur (Kaufverbot bei Juden) entzogen worden war. Von Frankfurt wurde Levi Hess deportiert, seine Spur verliert sich in Minsk. Nach der Vertreibung zweier weiterer jüdischer Familien wurde Wehrda 1938 behördlich als „judenfrei“ gemeldet.

Die vier KandidatenInnen der Marburger Linken für den Wehrdaer Ortsbeirat erklären: „Die Würde des Menschen ist unantastbar, der antisemitische Ungeist hat in unserer Gesellschaft nichts verloren.“

Johannes Linn



Foto: Nico Biver

Null Ahnung

Paragraf 2 des Haustarifvertrags der Marburger Entsorgungsgesellschaft (MEG) legt fest, dass nicht mehr als 20 der schlechter bezahlten Beschäftigten der MEG an den Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM) ausgeliehen werden dürfen. Diese „Arbeitnehmerüberlassung“ dient dazu, dass die Anwendung des besseren Tarifvertrags des Öffentlichen Dienstes (TVÖD) umgangen wird. Hier geht es in erster Linie um die betriebliche Altersversorgung und läuft auf Lohndrückerei hinaus. In einer Antwort auf eine Große Anfrage der Marburger Linken musste der Magistrat zugeben, dass in Wirklichkeit nicht 20, sondern 71 MEG-Beschäftigte an

den DBM ausgeliehen werden. Das ist glatter Rechtsbruch.

Die Marburger Linke beantragte daher in der Stadtverordnetenversammlung, dass das abgestellt wird. SPD, Grüne, CDU, FDP lehnten ab.

Gegen die Stimmen der Marburger Linken wurde dagegen ein Antrag des Grünen Dietmar Göttling angenommen, der Paragraf 2 solle im Einvernehmen mit dem Betriebsrat der tatsächlichen Situation (zur Zeit 71 „Überlassungen“) angepasst werden. Da kann man nur sagen: Null Ahnung vom Tarifrecht. Eine Änderung des Tarifvertrags kann nicht vom Betriebsrat, sondern nur von der Gewerkschaft ver.di ausgehandelt werden.

Frank Peter Böcher

Wunderliche Eiertänze

Ortsbeiräte brauchen Geld und mehr Rechte

Im Doppelhaushalt 2010/2011 wurden auf Initiative der Marburger Linken den Ortsbeiräten jährlich 50.000 Euro zugesagt. Aber nun beginnt der Eiertanz. Darf man, kann man, soll man durchführen, was beschlossen ist? Jede Initiative in der Stadt bekommt ihr Geld, wenn es vom Parlament genehmigt wurde und gibt es nach ihren Regeln aus. Warum haben die Ortsbeiräte ihr Geld noch nicht?

Auch eine erforderliche Änderung der Geschäftsordnung steht noch aus. Diese legt fest, was Ortsbeiräte dürfen. Sie wird vom Stadtparlament beschlossen. Marburg ist ein Schlusslicht in Hessen. Die Geschäftsordnung ist uralte und erlaubt

eigentlich gar nichts – außer Bitten an den Magistrat. Das soll sich ändern – sagt die Marburger Linke. Ortsbeiräte in Marburg müssen – wie in anderen hessischen Städten auch – mehr Rechte bekommen. Sie müssen im Rahmen ihres Bezirks Entscheidungen treffen können, sie müssen dafür mit Geld ausgestattet werden. Neu wäre, wenn sie, wie beantragt, auch Anträge an das Stadtparlament stellen könnten und in den Ausschüssen ein Redeerecht hätten. Damit wäre die Zeit der Lippenbekenntnisse vorbei. Die Mehrheit im Marburger Stadtparlament hat ohne Diskussion zunächst einmal den Antrag der Marburger Linken abgelehnt. Renate Bastian

Kreisfinanzen weiterhin desolat

DIE LINKE fordert eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen

Die Kassenlage des Landkreises ist seit Jahren düster. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 macht da keine Ausnahme. Nach 25,8 Mio. Euro Defizit im Jahre 2010 sollen es im Jahr 2011 28,4 Mio. Euro werden. Bis Ende 2011 wird der Landkreis eine Unterdeckung von 130 Mio. Euro ausweisen – ohne die langfristigen Verbindlichkeiten für Investitionen, die noch einmal etwa 90 Mio. Euro betragen.

Landrat Fischbach hat eine lange Liste von Kürzungen und Abgabenerhöhungen vorgelegt. 1.300 Euro weniger beim Zuschuss zum Seniorenrat, Kürzungen bei der Schwangerschaftskonfliktberatung, Erhöhung der Gebühren bei der Volkshochschule bis hin zu 400.000 Euro Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-BezieherInnen. Knapp zweieinhalb Millionen Euro kratzt der Landrat auf diese Weise zusammen. Die Zahlen zeigen eindeutig, dass der Haushalt so nicht saniert werden kann. Eine tatsächliche Konsolidierung ist ohne eine grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzen nicht möglich. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit.

Anna Hofmann, die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, führt in ihrer Haushaltsrede aus: „Der Kreishaushalt hat kein Ausgaben- sondern ein Einnahmenproblem. Die Steuergeschenke in den letzten zehn Jahren an Reiche, Superreiche, große Unternehmen und Hoteliers haben zu riesigen Einnahmeausfällen in den öffentlichen Kassen geführt. Diese Steuergeschenke müssen zurückgeführt werden. Hier hilft nur eine grundlegende Reform der Finanzierungsgrundlagen von Gemeinden, Städten und Landkreisen. Abgaben auf große Vermögen und eine Anhebung der Erbschaftssteuern für große und sehr große Erbschaften, sowie die Fortentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer unter Einbeziehung der Freien Berufe ist der einzige Weg, um aus der Finanzmisere der Kommunen herauszukommen. Aber dazu sind weder CDU, SPD, FDP noch Grüne bereit.“

DIE LINKE forderte eine erhöhte Gewinnausschüttung der Sparkasse und eine Anhebung der Jagdsteuer auf das ursprüngliche Niveau. Diese Mittel sollten für die betreute Grundschule, die Frauenförderung, den Abbau von Ein-Euro-Jobs und für Projekte zur Energiewende verwendet werden. Diese Forderungen



Foto: Nico Biver

fanden keine Mehrheit. DIE LINKE und die SPD lehnten den Haushaltsentwurf aus unterschiedlichen Gründen ab. Die Kürzungen und Gebührenerhöhungen waren für DIE LINKE nicht hinnehmbar. Der SPD ging der Sparwille des Landrates nicht weit genug.

Hajo Zeller

Getrennte Wege

DIE LINKE befürchtet Ausdünnung des ÖPNV

Alle fünf Jahre werden in Hessen die Nahverkehrspläne von den Aufgabenträgern des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) fortgeschrieben. Diese Pläne sind kein geltendes Recht, aber sie lassen erkennen, wie sich der ÖPNV entwickeln soll. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf sind die Stadt Marburg und der Landkreis Aufgabenträger. In der Vergangenheit haben sie einen gemeinsamen Nahverkehrsplan (NVP) für den Landkreis entwickelt. Neuerdings gehen sie hier getrennte Wege.

Der Landkreis beauftragte den Rhein Main Service, eine Tochtergesellschaft des RMV, Vorschläge für die Fortschreibung des NVP 2012 bis 2016 zu entwickeln. Als Ergebnis wurden der Öffentlichkeit und dem Kreistag unter den Namen „Optimierte Bestandserhaltung“, „Nachfragegerechte Anpassung“ und „Basisszenario“ drei Handlungsoptionen präsentiert. Der Kreistag entschied sich aus Kostengründen mehrheitlich für die „Nachfragegerechte Anpassung“.

Dies ist eine schöne Umschreibung dessen, dass in Zukunft im Landkreis der ÖPNV ausgedünnt wird.

Wenn selbst der Bürgermeister von Kirchhain, Jochen Kirchner, ein bekennender Privatisierer und De-regulierer, anregt, eher in eine andere Richtung zu entscheiden, dann verheißt das für die künftige Angebotsqualität des ÖPNV im Landkreis nichts Gutes.

DIE LINKE fordert, einen Nahverkehrsplan für den gesamten Landkreis zu erstellen. Inge Sturm, Kreistagsabgeordnete DIE LINKE sagt: „Die Nahverkehrsstruktur soll auf die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner zugeschnitten sein und nicht auf die Kassenlage. Außerdem sollten Landkreis und Stadt Marburg viel enger zusammenarbeiten. Optimal wäre es, den ÖPNV im gesamten Landkreis aus einer Hand zu erbringen. Wenn die Stadtwerke Marburg künftig alle ihre Mitarbeiter ordentlich bezahlen, ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Stadtwerke das übernehmen.“

Hans Somme

Termine

■ Links wirkt: **GESINE LÖTSCH**

Do., 3. März, 19.30 Uhr, Waggonhalle

■ **Revolution in Nahost?** Die Umwälzungen im arabischen Raum. Matinée des Rosa-Luxemburg-Clubs mit Wolfgang Gehrcke (MdB, DIE LINKE) und Ivesa Lübbers (Centrum für Nah- und Mitteloststudien)
So., 6. März, 11.30 Uhr, TTZ

■ **BODO RAMELOW** Alternativen der LINKEN

Do., 17. März, 19.30 Uhr, TTZ

■ **100 JAHRE FRAUENTAG**

mit Dr. Florence Hervé
Fr., 18. März, 18.00 Uhr, TTZ

■ **Von der Krippe bis zur Uni - Gleiche Chancen für Alle**

mit Janine Wissler (Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag)
Mi., 23. März, 19.00 Uhr, TTZ

Regelmäßige Termine

im Linken Zentrum
Frankfurter Straße 15, Marburg

▶ **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

▶ **Marburger Linke, Fraktion und Liste**, montags, 20.00 Uhr

▶ DIE LINKE. **Kreis AG**, donnerstags, 18.00 Uhr

sds.dielinke
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

▶ die Marburger Gruppe des SDS trifft sich dienstags, 20.00 Uhr
www.sds-marburg.de

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 15.2.2011

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Das Letzte

Präsenzkraft?

Jahrelang hat die Marburger Linke beantragt, dass die Marburger Altenhilfe zum Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zurückkehrt. Immer wieder haben CDU, SPD, Grüne, FDP und MBL das abgelehnt. Pünktlich zur Wahl verkündet nun der Magistrat: Die Altenhilfe übernimmt wieder den TVÖD. Kurz danach suchte die Marburger Altenhilfe per Anzeige nicht nur AltenpflegerInnen, sondern auch sogenannte Präsenzkräfte. Beigefügt war eine Tätigkeitsbeschreibung. Dieser ist zu entnehmen, dass Präsenzkräfte alles tun müssen, was auch von einjährig ausgebildeten AltenpflegehelferInnen verlangt wird. Warum sucht man aber „Präsenzkräfte“? Hier wird sicher der Umstand ausgenutzt, dass noch keine Entgeltordnung zum anzuwendenden Tarifvertrag TVÖD-B vorliegt. Es würde nicht verwundern, wenn die neue Berufsbezeichnung nur dazu dient soll, diese Kräfte schlechter zu bezahlen. Gewerkschaft und Betriebsrat werden dies hoffentlich zu verhindern wissen.

Frank Peter Böcher

Kommunalwahlen 2011

Steuer-oase
DIE LINKE

Natürlich können Sie Ihre Steuer-Cents mit Hilfe des Bundesfinanzministers Schäuble unwiederbringlich in Hindukusch-Abenteuer oder bankrotte Banken stecken. Wenn Sie Ihr Geld aber besser anlegen möchten, geben Sie es der LINKEN.

Wenn Sie Schäuble die Spendenbescheinigung, die Sie von uns erhalten, zukommen lassen, zieht er Ihnen die Hälfte der Summe von Ihrer Einkommensteuer ab.

Spendenkonto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Konto-Nr.: 176 239 07
Volksbank Mittelhessen
(BLZ 513 900 00)

Diplomatische Solidarität

Verhaltene Unterstützung für die Aufständischen in Sfax

Auf Antrag der Marburger Linken solidarisierte sich die Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar „mit der Demokratiebewegung in Tunesien und insbesondere unserer Partnerstadt Sfax und wünscht ihr viel Erfolg bei der Ausgestaltung der neuen demokratischen Verhältnisse.“

Der Antrag war allerdings von den anderen Fraktionen stark gekürzt worden. Glückwünsche an die zehntausenden GymnasiastInnen und GewerkschafterInnen, die in Sfax durch Demonstrationen und Streiks im Januar zum Sturz des Regimes Ben Alis beigetragen hat-

ten, waren ebenso unerwünscht wie eine Beileidsbekundung für die Angehörigen der Getöteten. Auch einen Appell „an die staatlichen Organe in Sfax, den Weg für demokratische Verhältnisse frei zu machen“ wurde abgelehnt.

Die übertriebene Zurückhaltung gegenüber den „Kollegen“ in Sfax hängt womöglich damit zusammen, dass man in den Gemeinde- und Schöffensratsmitgliedern aus Sfax, die man bei gelegentlichen Besuchen kennen lernte, keine VertreterInnen einer Diktatur gesehen hatte. Da Tunesien – ähnlich wie Ägypten – als Verbände-



▲ DemonstrantInnen haben in Sfax am 12. Januar 2011 den Palast der tunesischen Regierungspartei RCD angezündet.

Was braucht Cappel?

„Der Ortsbeirat hat den Bau eines Lebensmittelmarktes im Baugebiet an der Umgehungsstraße verhindert und damit den Bestand der vorhandenen Einzelhandelsgeschäfte gesichert“, so schrieb die SPD-Zeitung in Cappel vor einigen Jahren. Heute ist das alles längst Geschichte und „Lidl“ unter Dach und Fach. Nun – wieder vor den Kommunalwahlen – soll eine neuer größerer „tegut“ her und in diesem Komplex eine Einkaufszeile integriert werden. Aldi soll Einzug erhalten, ein Schuh- und Bekleidungsgeschäft entstehen, eine Apotheke und sogar ein „Café olé“. Was dies für Cappel Flair, nebst seiner Straße mit Ein-

zelfachgeschäften bedeutet, konnte man jüngst nach der Geschäftsaufgabe des ehemaligen Spar Ladens im Ortskern sehen.

Klar ist, dass sich der Verkauf an Investoren für Gemeinden lohnt, weil Einnahmen winken. Aber sind solche Projekte immer sinnvoll? Ganz zu schweigen vom Verkehrsaufkommen in Cappel, welches vor allem im Berufsverkehr den StraßenteilnehmerInnen viel Geduld abnötigt. Besserung ist durch diese bauliche Maßnahme sicherlich nicht in Sicht. Investitionen in die Freizeitgestaltung, mit dem Ausbau der sportlichen Flächen und hier vor allem im Hallenbereich wären da schon sinnvoller.

Tanja Bauder

ter des Westens und als säkularer Musterstaat galt, an dem alle Bundesregierungen nichts auszusetzen hatten, fanden Berichte über systematische Folter, politische Gefangene, Pressezensur und die schamlose Bereicherung des Regimes und seiner Funktionäre kaum Eingang in die hiesigen Medien. Zudem war die Regierungspartei RCD international mit der SPD verschwistert. Und selbst wenn man hinter die Kulissen schaute, schien einem das dortige Regime erträglicher als das im Iran oder in Saudi-Arabien.

Der Gemeinderat in Sfax war aber ein Abbild der politischen Zustände im ganzen Land. Bei den letzten Kommunalwahlen kam die RCD auf 85 Prozent der Stimmen. Die restlichen Stimmen teilten sich drei Parteien, die die französische Tageszeitung „Le Monde“ als „Opposition de décor“ bezeichnete.

Deshalb richtete sich in Sfax die Wut der Menschen auch gegen die lokalen Ableger des Regimes. Am 12. Januar ging das Parteigebäude der RCD in Flammen auf.

Nico Biver

Briefwählen?!

Wer verreist oder krank ist, kann dennoch an der Kommunalwahl teilnehmen – per Briefwahl. Auch wer in Ruhe die bis zu fünf Stimmzettel ausfüllen, und bei den Wahlen für Stadt, Kreis und Ortsbeirat seine bis zu 81 Stimmen durch kumulieren und panaschieren verteilen will, kann dies bequem zuhause tun.

Die Briefwahl kann bei der Stadt formlos per E-Mail beantragt werden (wahlen@marburg-stadt.de). Dabei muss der Name, die Anschrift des Erstwohnsitzes, der Geburtstag und die Adresse angegeben werden, wo die Wahlunterlagen hingeschickt werden sollen. Wer bis zum 25. Februar wartet, kann ein Online-Formular (www.marburg.de) benutzen oder die Briefwahl mit der Wahlbenachrichtigungskarte beantragen, die Ende Februar zugestellt wird.

Ab dem 28. Februar kann die Briefwahl auch direkt im Rathaus beantragt und dort gleich abgestimmt werden (Mo.-Fr. ab 8.00 Uhr; Mo.-Mi. bis 16.00 Uhr; Do. bis 18.00 Uhr, Fr. bis 12.30 Uhr).